



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 6. Dezember 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-05-0038

Krankenstand in der Stadtverwaltung - Antrag der FDP vom 28.11.2017 -

Aus dem jüngsten Bericht des Integrierten Gesundheitsmanagements geht hervor, dass die Krankenstände in der Wiesbadener Verwaltung seit dem Jahr 2004 fast kontinuierlich angestiegen sind. Wiesbaden nimmt hier mit mittlerweile 8,1 Prozent Fehlzeitenquote unter den Kommunen des Deutschen Städtetags einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Um die Ursachen für diese Entwicklung vertieft zu analysieren und ggf. wirkungsvoller entgegenzusteuern, benötigt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration Kinder und Familie eine breitere Informationsbasis. Der Bericht vom 07. November beleuchtet noch nicht alle relevanten Aspekte. Eine Klärung liegt im Interesse der städtischen Beamten und Angestellten genauso wie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu folgenden Punkten zu berichten:

- 1) Im Bericht wurden Wochenenden als Krankheitstage erfasst. Wie hoch wäre der Krankenstand, wenn lediglich die krankheitsbedingten Arbeitstage gewertet würden?
- 2) Wie bewertet der Magistrat die attestierte „hohe psychologische Belastung“ (Folie 2) und was gedenkt er dagegen zu tun?
- 3) Gibt es im Laufe des Jahres / der Woche regelmäßig feststellbare Hochstände zu bestimmten Zeiten? Welche Wochentage sind besonders betroffen?
- 4) Sieht der Magistrat einen Zusammenhang zwischen Krankenstand und demographischer Struktur der Belegschaft?

Beschluss Nr. 0186

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2017

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2017

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister